

SZ-DUELL GESCHLECHTERGERECHTE SPRACHE

# Gendern – Fortschritt oder Sprach-Verhöhnung?

Eine Feministin und ein Liedermacher streiten in der SZ darüber, wie stark sich die Sprache ändern soll und was zumutbar ist.

Herr Winkler, in einem kürzlich aufgenommenen Lied singen Sie: „Wer Gender-Sternchen stur missachtet, wird hie und da schon mal geschlachtet.“ Haben Sie das selbst schon mal erlebt?

**WINKLER** Heute gendert jeder, der sagt: meine Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser. Das ist für mich eine Anerkennung und Wertschätzung der Tatsache, dass es Männer und Frauen gibt. Was mich stört, ist die Verbissenheit mancher Verfechter – „geschlachtet“ ist natürlich ironisch gemeint.

... und Verfechterinnen! Frau Stein, fühlen Sie sich angesprochen?

**STEIN** Ich hoffe nicht, dass ich das verbissen sehe. Es gibt überzeugende Argumente, geschlechtergerecht zu sprechen. Ich wundere mich oft, wie emotional und aggressiv darüber diskutiert wird. Wenn es um Gleichberechtigung geht, ist Sprache ein Aspekt. Die Menschen, die geschlechtergerechte Sprache umsetzen und ausprobieren, was am besten funktioniert, tun das freiwillig. Es gibt keine Instanz, die das vorschreibt. Der Duden hat das Sternchen bisher nicht aufgenommen.

**WINKLER** Aber wenn es zum Beispiel Anne Will oder Petra Gerscher im öffentlich-rechtlichen Fernsehen propagieren, hat das schon einen Einfluss, der nicht zu unterschätzen ist. An dem hanebüchernen Beispiel von den „Mitglieder\*innen“ zeigt sich, wenn ich es mal flapsig sagen darf, der ganze Extremismus. Das Mitglied ist nun mal sächlich. Und jetzt oute ich mich: Ich habe kein Problem, wenn ich in der Schriftform, wo es sich anbietet, Sternchen mache, damit es schneller geht. Was mir aber niemals über die Lippen kommen wird, ist diese unnatürliche und unästhetische Sprachlücke.

**STEIN** Diese Sprachlücke ist sehr gut praktikabel, wenn man sich das angewöhnt hat. Diese Pause gibt es ohnehin schon in der Sprache, zum Beispiel bei „erinnern“ oder „Spiegel“. Das ist nichts, was unsere Sprache radikal verändert. Wenn man es sich angewöhnt hat, klingt es auch nicht mehr nach Stottern.

**WINKLER** Ich bin da eher konservativ. Ich werde mir die Pause nicht angewöhnen.

**STEIN** Müssen Sie ja auch nicht, ist okay. Es gibt keinen Zwang.

Warum sollte ich Lehrer\*innen oder Lehrende sagen – anstatt Lehrerinnen und Lehrer?

**STEIN** Aus den Varianten können Sie völlig frei wählen. Sie können auch sagen „Personen, die unterrichten“ oder Sie können „LehrerInnen“ oder

# \*innen

„Lehrer/innen“ schreiben, was immer Sie wollen. Wir können uns auch ein neues Neutrum ausdenken wie Lehrys oder Lehras. Wenn die Sprachgemeinschaft das übernimmt, wird es Normalität werden.

**WINKLER** Wenn gesagt wird, „der“ ist männlich und „die“ ist weiblich, dann frage ich mich: Warum heißt es bei der Mehrzahl dann „die“? Ich kenne keinen Mann, der sich daran stört, dass die Pluralform das weibliche „die“ hat.

**STEIN** Bei Personen bezieht sich der Artikel auf das Geschlecht. Darum geht es.

**WINKLER** Was sagen dann die Tierfreunde? Die Drohne ist die männliche Biene.

*Frau Stein, was genau stört Sie am generischen Maskulinum?*

**STEIN** Es führt dazu, dass Frauen und nicht binäre Personen immer den Aufwand haben zu überlegen: Sind sie mitgemeint oder nicht? Das schließt aus und verstärkt Geschlechter-Stereotypen. Wenn ich lese „Maurer gesucht“, habe ich gleich das Bild im Kopf, dass es wahrscheinlich nur um männliche Maurer geht. Das fördert nicht die tatsächliche Gleichberechtigung.

**WINKLER** Damit wir uns nicht missverstehen: Ich bin ein totaler Befürworter der Gleichberechtigung. Ein Argument von vielen Verfechterinnen und Verfechtern des Genderns ist, dass sich durch Sprache die Gesellschaft ändert. Schauen Sie sich mal die Türkei an oder auch die arabische Sprache, da gibt es kei-

ne männlichen und keine weiblichen Artikel. Ich weiß nicht, ob diese Länder ein Beispiel für die Gleichberechtigung der Frau sind. Ich bezweifle, dass allein durch das Sternchen alles frauengerechter wird.

**STEIN** Dadurch allein sicher nicht. Aber die Sprache beeinflusst unser Denken und Handeln und umgekehrt. Die Sprache ist schon immer variabel, sie wird sich auch künftig weiterentwickeln, die Frage ist nur, wohin. Wir sagen ja auch „googlen“, „downloaden“ oder „Superspreader“.

Diese Sprachkreationen werden ja auch nicht bekämpft. Deshalb wundere ich mich, woher dieser krasse Widerstand kommt. Es liegt wohl an der Ablehnung der Gleichberechtigung.

**WINKLER** Das kann ich nicht stehen lassen! Diese Vehemenz, mit der das in der heutigen Zeit passiert, das ist der Punkt. Natürlich ändert sich Sprache, aber das muss behutsam passieren und nicht mit dieser brachialen Gewalt, die bei einigen dahintersteckt. Bei dieser aufgelegten Diskussion wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und

übertrieben. Das, was Sie gerade zurecht anmahnen, Gleichberechtigung und Anerkennung, gerät dabei leider ins Hintertreffen.

**STEIN** Ich sehe das nicht so. Die Thematik gibt es seit Jahrzehnten. Der Genderstern wurde auch nicht erst gestern erfunden. Mir geht das alles zu langsam, von wegen „das Kind wird mit dem Bade ausgeschüttet“.

Warum dieser Widerstand? Warum betreibt die Sparkasse einen Riesenaufwand, um einen Rechtsstreit mit Marlies Krämer durchzuführen, anstatt einfach zu sagen: Wir schreiben unter das Formular Kunde/Kundin und alle sind happy.

**WINKLER** Da gebe ich Ihnen völlig Recht. Wenn ich Sparkassen-Chef gewesen wäre, hätte ich gesagt: Frau Krämer, Sie schicken uns eine gute Anregung, in Zukunft werden wir unsere Formulare angleichen. Aber ohne Sternchen! Ich wehre mich nur gegen diese vehemente Übertreibung.

*Wären Sie dafür, dass man staatlichen Stellen das Gendern anbietet, wie es mancher in der CDU gerne hätte?*

**WINKLER** Verbieten würde ich es nicht, aber genauso wenig würde ich es vorschreiben. Ich fände es skandalös, wenn ich in einer Examensarbeit an der Uni Minuspunkte bekäme, weil ich nicht gendere.

*Würde Ihnen das auch zu weit gehen, Frau Stein?*

**STEIN** Es gibt umgekehrt auch Studentinnen, die gerne gendern wollen, es aber nicht dürfen. Von Verboten sollte man weg. Es sollten Gebote, Leitlinien oder Empfehlungen sein. Es ist doch ironisch, dass ausgerechnet diejenigen das Gendern verbieten wollen, die uns immer vorwerfen, wir wollten anderen vorschreiben, wie man zu reden hat.

**WINKLER** Ich will mit einigen Wörtern mal aufzeigen, welche ganze Problematik hinter der ganzen Debatte steckt. Muss ich künftig Führer\*innenschein sagen? Oder ist man gegen das Wort Vaterland oder Muttersprache? Was ist mit dem Gentleman, gibt es auch eine Gentlefrau oder eine Gentlewoman? Wenn man konsequent sein wollte, müsste man ganz vieles umschreiben. Das wäre teilweise haarsträubend!

**STEIN** Dann nennen wir den Führerschein halt Fahrerlaubnis. Das ist ja kein Beinbruch. Und das Vaterland ist nicht automatisch das Land meines Vaters. Muttersprache ist vielleicht die Sprache, die ich von meinem Vater gelernt habe. Das könnte man alles ändern, ohne großen Bo-

hei zu machen. Wenn Wörter nicht mehr richtig passen, müssen wir uns halt einigen, wie wir sie anders bezeichnen. Wir müssen das nicht von heute auf morgen machen. Das Erste wäre, dass Informatikerinnen sich nicht selbst als Informatiker bezeichnen.

**WINKLER** Einspruch! Wenn sich eine Informatikerin als Informatiker bezeichnet, ist das doch okay. Sie können doch keiner Frau vorschreiben, wie sie sich bezeichnet.

**STEIN** Ich müsste es akzeptieren, aber würde mich wundern. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der die Leute das Selbstbewusstsein haben, die weibliche Form zu nutzen, auch wenn sie in einer Männerdomäne sind.

**WINKLER** Das Entscheidende ist der Respekt, den ich der anderen Person – „die Person“ ist übrigens weiblich – entgegenbringe. Ich bin ganz bei Ihnen, wenn Sie sagen, Sprache wandelt sich. Es ist gut und wichtig, dass man sprachlich sensibilisiert und Gleichberechtigung vorantreibt. Die Vehemenz erzeugt unter Umständen aber Antipathien, anstatt für einen angemessenen Wandel zu werben. Manche wollen das auf eine solch harte Art forcieren, dass dadurch ein kontraproduktiver Gegenwind erzeugt wird.

**STEIN** Es gibt sehr viele, die gendergerechte Sprache vehement ablehnen. Ich denke, das sind Menschen, die generell Neues und Fremdes ablehnen. Und an die appelliere ich, ein bisschen lockerer und offener zu sein. Die Vielfalt ist gut und nicht bedrohlich. Es ist ja nichts Schlimmes, wenn man die Sprache ein bisschen verändert.

AUFGEZEICHNET VON DANIEL KIRCH  
FOTOS: STEIN, DIERSCH



„Ich wundere mich oft, wie emotional und aggressiv darüber diskutiert wird.“  
Petra Stein  
Feministin



„Muss ich künftig Führer\*innenschein sagen? Das wäre haarsträubend!“  
Wolfgang Winkler  
Liedermacher

## DIE DISKUTANTEN

**Petra Stein (44)** aus Saarbrücken, studierte Geisteswissenschaften und arbeitete danach bei der Verbraucherzentrale des Saarlandes, seit 2015 ist sie bei der FrauenGenderBibliothek in Saarbrücken tätig.

**Wolfgang Winkler (72)** aus Sulzbach, unterrichtete 40 Jahre lang evangelische Religion, Französisch und Musik. Bis heute ist er musikalisch als Liedermacher unterwegs (www.winklermusik.de).

## König dienstältester Saar-Rathauschef

**ILLINGEN** (isi) Armin König (CDU) feiert Jubiläum: Er ist nicht nur der Dienstälteste unter den saarländischen Rathauschefs. Als einziger Bürgermeister im Saarland wurde der 64-Jährige zudem vier Mal direkt gewählt. Das schaffte bisher noch keiner seiner Amtskollegen. Seit 25 Jahren leitet er nun die Amtsgeschäfte der Gemeinde Illingen. Sein Jubiläum feierte er mit einem Bad im Ucheltfanger Freibad, denn Schwimmen sei sein liebstes Hobby.



Anschwimmen zum 25-jährigen Dienstjubiläum: Armin König im Ucheltfanger Freibad.  
FOTO: IRIS MAURER

## Land steckt 100 Millionen Euro in schnelles Internet für alle Saarländer

**SAARBRÜCKEN** (fu) „Gigabit für alle“, wünscht sich der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU). Das würde bedeuten, dass die Menschen überall in der Region mit einer Geschwindigkeit von 1000 Megabit pro Sekunde im Internet surfen könnten. Am Dienstag hat die Landesregierung ihre „Eckpunkte“ für eine Gigabit-Strategie beschlossen. Viele Millionen Euro stehen bereit, um flächendeckend blitzschnelle Internetanschlüsse zu schaffen.

Ende 2020 waren Internetanschlüsse dieser Bandbreite laut Bundesverkehrsministerium zwar für 60 Prozent der Haushalte im Saarland verfügbar. Aber diese Quote sagt noch wenig aus, wie es in Gewerbegebieten oder auf dem Land aussieht. Im Saarland setzt die Regierung beim Turbo-Internet auf die Privatwirtschaft. In den nächsten Jahren möchte etwa die Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser, zu der Inexio aus Saarlouis gehört, über 300 000 Haushalte mit einem Glasfaseranschluss versorgen, der bis in die

Wohnungreich – und das schnelle Internet ermöglicht. Mehr als 500 Millionen Euro will die Gruppe in ein FTTH-Netz investieren. Die Abkürzung steht für „Fiber To The Home“, übersetzt: Glasfaser bis ins Haus. Auch die saarländische VSE mit ihrer Tochter Energis hat den regionalen Markt im Auge.

Beim Glasfaserausbau liefern sich die Anbieter nun ein Wettrennen. Dabei wollen sie ohne Steuergelder auskommen. Stattdessen werben sie um die Kommunen und deren Bürger. So hat die Deutsche Glasfaser bereits Kooperationsverträge mit einer Reihe von Gemeinden geschlossen. Schließen jeweils 40 Prozent der Haushalte einen Vertrag mit dem Anbieter, verlegt dieser auf eigene Kosten die modernen Leitungen bis zur Haustür. Ende April startete Energis in Püttlingen ein ähnliches Projekt. Der Markt scheint da zu sein, jedenfalls besteht im Saarland ein Nachholbedarf: Mitte 2020 verfügten nur 2,6 Prozent der Haushalte über einen direkten Glasfaseranschluss. Damit

belegte das Bundesland im Ländervergleich den letzten Platz, wie eine Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion zeigte. „Unser Ziel war und ist es, gemeinsam mit allen Beteiligten eine Strategie zu entwickeln, wie wir eine Gigabitversorgung im ganzen Saarland erreichen können“, erklärte Saar-Regierungschef Hans nach der Entscheidung des Ministerrats am Dienstag. Nicht überall werden Firmen für schnelles Internet sorgen. „Wenn der Markt nicht aktiv wird, springt das Land ein und unterstützt die Kommunen bei der Beantragung von Fördermitteln“, kündigte Hans an. Das Land habe bis zu 100 Millionen Euro im Haushalt eingestellt. Das Geld ist für Kofinanzierungen durch das Land vorgesehen. Denn der Bund fördert den Netzausbau in den Kommunen nur mit zu 50 bis 70 Prozent.

Produktion dieser Seite:  
Esther Brenner, Michael Kipp  
Johannes Schleuning

## Juristin des Uni-Klinikums rechtfertigt Schweigen

**SAARBRÜCKEN/HOMBURG** (fu) Es bleibt die Gretchenfrage im Missbrauchsskandal um die Kinder- und Jugendpsychiatrie des Universitätsklinikums (UKS) in Homburg: Wieso erfuhren die Familien mutmaßlicher Opfer nichts von den Vorwürfen gegen Ex-Assistenzarzt Matthias S.? Darauf erwartete der Untersuchungsausschuss des Landtages diesmal Antworten der UKS-Justiziarin. Sie sprach von einem „Lernprozess“, rechtfertigte aber das Schweigen der Institution.

Nach ihrer Befragung zeigten sich die Abgeordneten unzufrieden. Die Ausführungen der Rechtsberaterin hätten ihn „in keiner Weise überzeugt“, sagte der SPD-Politiker Jürgen Renner. Dennis Lander von der Linksfraktion gewann den Eindruck, dass der „Ruf der Klinik wichtiger war als der Schutz der Kinder“. Und die Obfrau der CDU-Fraktion, Jutta Schmitt-Lang, sagte: „Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass die Eltern nicht informiert wurden.“

Im Dezember 2014 hatte das Uni-Klinikum den Mediziner ange-

zeigt, im Raum stand der Verdacht sexuell motivierter Berührungen bei der Behandlung minderjähriger Patienten. „Wir wollten die Ermittlungsbehörde ihre Arbeit machen lassen“, erklärte die Juristin das Schweigen gegenüber den mutmaßlichen Opferfamilien. Als der Assistenzarzt im Juni 2016 starb, stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen ihn ein. Die Behörde entschloss sich, die Angehörigen der Kinder zu kontaktieren.

Dann kam es zu einem Sinneswandel, angestoßen durch ein Schreiben der Justiziarin. Sie rief von der Kontaktaufnahme ab, unter Berufung auf den damaligen Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie, für den der verdächtige Mediziner gearbeitet hatte. Der Professor habe vor dem „Risiko eines psychischen Schadens“ gewarnt. An den Motiven des Ratgebers zweifelte die Justiziarin nicht. „Es ging darum, dass Patientenwohl zu sichern“, sagte sie im Ausschuss. Daher nahm das UKS eine Ausnahme von der gesetzlichen Informationspflicht für sich in Anspruch.